

How-to:

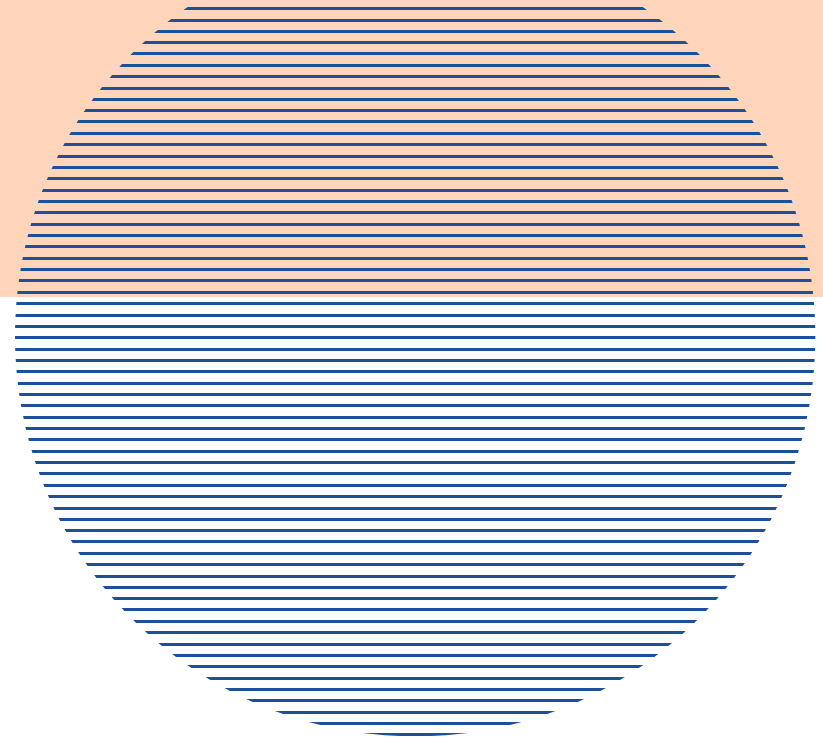
Klimaschutz im Abfallsektor – Bioabfälle

Was Sie mit Klimaschutzmaßnahmen im Bioabfallbereich erreichen können

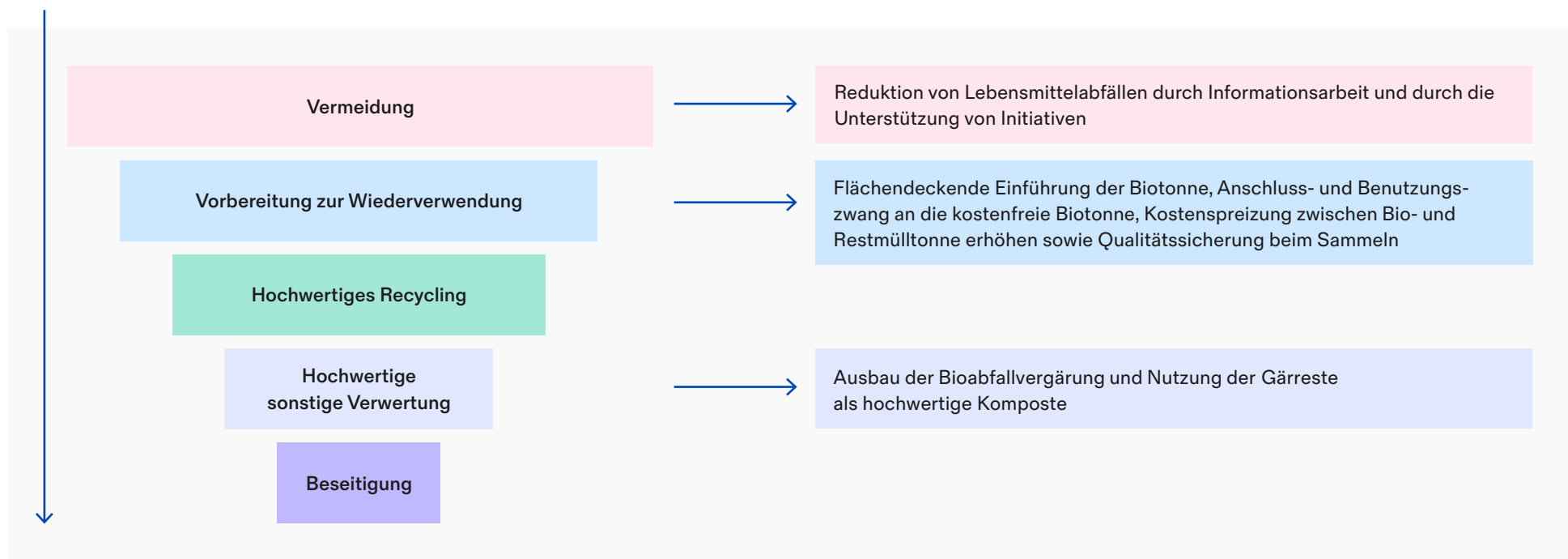
Biologische Abfälle aus privaten Haushalten sind ein wichtiger Rohstoff, denn bei der Vergärung von Bioabfällen entsteht wertvolles Biogas. Aus den organischen Reststoffen können hochwertige Komposte erzeugt werden, die synthetische Düngemittel ersetzen. Das reduziert Treibhausgasemissionen. Die Optimierung der Bioabfallverwertung in Deutschland hat ein Treibhausgasminderungspotenzial von rund 0,13 Millionen Tonnen pro Jahr. Kommunen können in diesem Bereich einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wie funktioniert Klimaschutz im Bioabfallbereich?

Aktuell fallen in Deutschland jährlich rund fünf Millionen Tonnen biologische Abfälle aus der Biotonne an. Da noch nicht alle Städte und Landkreise eine flächendeckende Bioabfallsammlung umgesetzt haben, ist davon auszugehen, dass diese Menge steigt. Bis 2030 könnte die Bioabfallmenge laut einer Studie zu „[Klimaschutzpotenzialen in der Kreislaufwirtschaft](#)“ rund acht Millionen Tonnen betragen, wenn weitere Kommunen Bioabfall sammeln. Um dieses Potenzial zu heben, können Kommunen im Rahmen der Abfallhierarchie gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz folgende Maßnahmen umsetzen, die in der Grafik auf [Seite 2](#) genauer erläutert werden.



Abfallhierarchie gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Hoffmeister et al., 2024

Darüber hinaus kann die Verwaltung selbst mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie bei Beschaffungsprozessen Vorgaben zur Abfallvermeidung macht, zum Beispiel als Kriterium in Ausschreibungen oder Verträgen mit Dienstleistenden wie [Kantinenbetreibern](#).

Um Kommunen möglichst konkrete Handlungsempfehlungen zu geben, liegt der Fokus im Folgenden auf den Themen Vermeidung von Abfällen und der Vorbereitung zu ihrer Wiederverwendung.

Und so geht's

Vermeidung: Lebensmittelabfälle reduzieren

Laut Umweltbundesamt werden auf dem Weg vom Feld zum Teller ein Drittel aller Lebensmittel verschwendet. Gemäß dem [Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat \(BMLEH\)](#) wird der überwiegende Anteil (58 Prozent) davon in privaten Haushalten weggeworfen. Weitere 17 Prozent werden in Restaurants und Verpflegungsbetrieben aussortiert, 15 Prozent in Betrieben zur Verarbeitung von Lebensmitteln und rund 7 Prozent im Handel. Es gibt verschiedene sogenannte Food-sharing-Initiativen, die sich das Ziel gesetzt haben, Lebensmittelabfälle in kleinen Gewerbebetrieben wie Bäckereien und Supermärkten sowie in privaten Haushalten zu reduzieren. Sie setzen sich dafür ein, dass Lebensmittel „gerettet“ und für den Verzehr neu verteilt werden. Die sogenannten Tafeln funktionieren ähnlich, fokussieren sich bei ihrer Arbeit aber auf bedürftige Menschen.

Kommunen können dazu beitragen, dass solche Initiativen entstehen und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Welche Schritte sind notwendig, um Klimaschutz im Bereich Bioabfälle im Sinne der Kreislaufwirtschaft umzusetzen?

→ Vernetzen von Initiativen

Warum ist das sinnvoll?

Foodsharing-Initiativen und Tafeln bauen auf einem aktiven Netzwerk aus Akteur*innen auf, die Lebensmittel zur Verfügung stellen, diese verteilen, die Logistik organisieren oder über die Angebote an geretteten Lebensmitteln informieren.

Was ist das beste Vorgehen?

Unterstützen Sie bei der Gründung oder Stabilisierung eines Netzwerks durch folgende Maßnahmen:

- Sammeln Sie die Kontaktdaten von Netzwerkpartner*innen wie solidarischen Landwirt*innen, Ortsverbänden der Umweltverbände, Restaurants, Lebensmittelverarbeitenden Betrieben, Ladenbesitzenden, diakonischen Einrichtungen und stellen Sie diese den Initiativen zur Verfügung. Befragen Sie dafür auch das Klimaschutzmanagement in Ihrer Verwaltung.

- Laden Sie alle Akteur*innen ein und bieten Sie diesen eine Plattform für einen Austausch.
- Bieten Sie den Initiativen auch Gelegenheit, sich mit der Lokalpolitik zu vernetzen.

→ Unterstützen der Initiativen bei der Standortsuche für Verteiler und bei deren Aufbau

Warum ist das sinnvoll?

Verteiler oder auch „Fairteiler“ sind Orte, an denen Lebensmittel „umverteilt“ werden. Hier können Spender*innen Lebensmittel anliefern, andere können Lebensmittel abholen. Es kann sich um Regale, Kühlschränke, Ladenlokale oder andere überdachte Orte handeln, in denen sich Lebensmittel geschützt aufbewahren lassen.

Was ist das beste Vorgehen?

Unterstützen Sie lokale Initiativen dabei, Orte für Verteiler zu finden.

Ihre Möglichkeiten sind:

- Fragen Sie in öffentlich zugänglichen Räumen (zum Beispiel in Bibliotheken oder beim Quartiersmanagement) nach, ob geeignete Flächen für einen Verteiler vorhanden sind.
- Vernetzen Sie Ladenbesitzer*innen mit den Initiativen. Vielleicht gibt es dort Möglichkeiten, ein Regal aufzustellen.
- Gibt es leerstehende Ladenlokale in Ihrer Kommune? Auch hier könnten Ortsbeirat*innen, das Quartiersmanagement oder zivilgesellschaftliche Akteur*innen Bescheid wissen. Sie können sich auch an die Wirtschaftsförderung wenden.
- Auch kirchliche/religionsgemeinschaftliche Einrichtungen können interessante Ansprechpartner sein, um Verteilerstandorte zu finden.

Zusätzlich hilft es den Initiativen, wenn sie beim Aufbau und der Einrichtung der Verteilerstandorte finanziell unterstützt werden. Es geht meist um geringe Beträge. Die Praxis zeigt, dass es wichtig ist, Verteilerstationen zu „betreuen“. Berücksichtigen Sie dies und die damit in Verbindung stehende Standortwahl bei der Vergabe von Fördermitteln an Initiativen.

→ Unterstützen der Initiativen bei der Öffentlichkeitsarbeit

Warum ist das sinnvoll?

Eine gute Kommunikation über die Initiative, die dahinterstehende Idee und das Angebot fördert bei den Bürger*innen eine schnelle und nachhaltige Akzeptanz des Projekts.

Was ist das beste Vorgehen?

Machen Sie auf die Foodsharing-Initiativen aufmerksam. Bewerben Sie das Engagement der Menschen, zum Beispiel auf Plakaten im Rathaus oder in Bürgerämtern, bei Veranstaltungen, in den sozialen Medien und auf der Website Ihrer Kommune. Um Vertrauen zu schaffen, vermitteln Sie positive Erfahrungen von Nutzenden, zum Beispiel durch Portraits von Lebensmittel-Anbieter*innen oder von Nachfragenden.

→ Lebensmittel bei öffentlichen Veranstaltungen retten

Warum ist das sinnvoll?

Kommunen sollten ein Vorbild beim Umgang mit Lebensmitteln sein. Dadurch gewinnen Kampagnen und Maßnahmen an Glaubwürdigkeit. Teilnehmende und andere Veranstalter lernen, was möglich ist und werden zur Nachahmung angeregt.

Was ist das beste Vorgehen?

Bei Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen oder Räumen der Kommune kann vorgegeben werden, dass Lebensmittelabfälle zu vermeiden sind. Dies geschieht üblicherweise über Veranstaltungssatzungen für nachhaltige Veranstaltungen, Satzungen zu Sondernutzungen des öffentlichen Raums oder in Verträgen zwischen Veranstaltenden und gastronomischen Betrieben.



WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA LEBENSMITTELVER- SCHWENDUNG UND FOODSHARING

- Website [foodsharing-Städte: Gemeinsam Lebensmittelwertschätzung leben](#)
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (2023): [Fragen und Antworten zum Pakt gegen Lebensmittelverschwendung](#).

Wiederverwendung vorbereiten: Bioabfälle getrennt erfassen

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt die flächendeckende getrennte Erfassung von Bioabfällen vor. Trotzdem ist dies noch nicht überall umgesetzt und häufig gilt nur ein freiwilliges Biotonnen-Angebot. Die verpflichtende Einführung der Biotonne erhöht die Bioabfallmenge erheblich. Welche Schritte sind dafür notwendig?

→ Den Anteil von getrennt gesammelten Bioabfällen erhöhen

Warum ist das sinnvoll?

Bei einer Vergärung der Bioabfälle wird wertvolles Biogas erzeugt. Die organischen Reststoffe können zu hochwertigen Komposten weiterverarbeitet werden, die synthetische Düngemittel ersetzen. Das reduziert Treibhausgasemissionen. Steht keine Biotonne zur Verfügung, landet der Biomüll im Restmüll und kann nicht separat verwertet werden. Ein Bringsystem für Bioabfälle führt erfahrungsgemäß zu keiner Verbesserung der Getrennterfassung. Erst die Einführung der Pflicht-Biotonne führt dazu, dass im Vergleich zu einer freiwilligen Biotonne deutlich mehr Biomüll getrennt erfasst wird.

Was ist das beste Vorgehen?

1. Rechtliche Grundlage schaffen

Für die Einführung einer flächendeckenden Biotonne ist eine rechtliche Grundlage notwendig. Das erfolgt in der sogenannten Abfallwirtschaftssatzung. In dieser Satzung sollte das Anschluss- und Benutzungsgebot für die Biotonne aufgenommen werden. Dabei werden idealerweise keine Ausnahmen für Eigenkompostierung in privaten Haushalten gewährt.

2. Gebühren festlegen

Die Abfallwirtschaftssatzung legt auch die Gebühren fest, die für die Entsorgung der Abfälle erhoben werden. Um den Anreiz zu erhöhen, Bioabfälle möglichst vollständig in der Biotonne zu sammeln und nicht im Restmüll zu entsorgen, sollten die Gebühren entsprechend angepasst werden. Die Biotonne sollte möglichst kostengünstig gestellt werden. Restmülltonnen sollten im Umkehrschluss entsprechend verteuert werden.

3. Leerungen planen

Die Biotonne sollte mindestens 14-tägig, im Sommer wöchentlich geleert werden. Bieten Sie die Biotonne im Holsystem an. Schreiben Sie eine entsprechende Entsorgungsdienstleistung aus.

Bieten Sie optional die regelmäßige Reinigung der Tonnen an – entweder im Rahmen der Abfallwirtschaft oder als gebührenpflichtige Zusatzleistung. Der ordnungsgemäße Umgang mit dem anfallenden Waschwasser als Abwasser ist zu beachten.

4. Informationen für die Nutzenden

Fehlwürfe sollten auch bei der Biotonne möglichst vermieden werden, um Abfälle bestmöglich verwerten zu können. Es ist daher notwendig, kontinuierlich darüber zu informieren, was über die Biotonne entsorgt werden darf und was nicht.



INFORMATION ZUR BIOTONNE BEREITSTELLEN

- Aufkleber mit verständlichen Informationen.
- Infomaterial, das mit dem Abfallkalender und in der Abfall-App verteilt wird.
- spezielles Infomaterial (auch in weiteren Sprachen) für Gebiete mit hohem Fehlwurfanteil.
- Infomaterial für Schulen inklusive Infos dazu, warum die getrennte Sammlung wichtig ist und worauf bei der Biotonne zu achten ist
- Abfallberater*innen sollten bei Bedarf vor Ort die privaten Haushalte informieren und sensibilisieren.

5. Kontrollen

Kontrollen werden an mehreren Stellen durchgeführt: in den Verwertungsanlagen und in regelmäßigen Abständen bei der Entleerung der Müllfahrzeuge. Diese Kontrollmaßnahmen sind bei der Ausschreibung der Entsorgungsdienstleistung zu berücksichtigen. Um Fehlwürfen stärker zu begegnen, könnte in der Satzung ergänzt werden, dass bei mehrmaligen Fehlwürfen die Biotonne abgezogen und durch eine kostenpflichtige Restmülltonne ersetzt wird.

Laut Umweltbundesamt werden rund die Hälfte der Bioabfälle derzeit kompostiert. Dabei wird das energetische Potenzial, das in diesen Abfällen liegt, nicht genutzt. Die kommunale Infrastruktur für die Vergärung von Bioabfällen trägt entscheidend zur stärkeren energetischen Verwertung dieser Abfälle bei. Für die Errichtung von emissionsarmen und effizienten Bioabfallvergärungsanlagen bietet die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) über die [Richtlinie zur Bundesförderung kommunaler Klimaschutz](#) (Kommunalrichtlinie) entsprechende Fördermöglichkeiten.



Lesetipp

- NABU (2023). [Bioabfallsammlung: mangelhaft: Zu viele Haushalte haben keine Biotonne.](#)
- Verband kommunaler Unternehmen (2021). [Was tun gegen Fehlwürfe?](#) Information: Bd. 102. VKU Verlag.
- Koop, C., Gangnus, D., ... Fecke, M. (2023). [Kommunale Abfallvermeidung: Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die Entwicklung kommunaler Abfallvermeidungspolitiken.](#) Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH & FernUniversität in Hagen im Rahmen des Projekts Circular Cities NRW.
- Hoffmeister, J., Birnstengel, B., ... Gascón Castillero, L. (2024). [Klimaschutzpotenziale der Kreislaufwirtschaft: Bericht zum Vorhaben Wissenschaftliche Unterstützung Klimapolitik und Maßnahmenprogramm \(14-BE-2203\).](#) Prognos; Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu); IREES; ÖkoInstitut.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz



NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz ist ein Projekt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Mit der Durchführung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt.

Haben Sie Fragen?
Sprechen Sie uns an:

Agentur für kommunalen Klimaschutz



030 39001-170



agentur@klimaschutz.de



klimaschutz.de/agentur

Impressum

Herausgeber: Agentur für kommunalen Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Autor*innen: Angelika Paar (ifeu Institut für Energie und Umweltforschung gGmbH), Ludwig Hentschel (Agentur für kommunalen Klimaschutz)

Redaktion: Doris Reichel (Agentur für kommunalen Klimaschutz)

Layout: Drees + Riggers GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Berlin, Juli 2025.
Diese Veröffentlichung wird kostenlos zum Download angeboten und ist nicht für den Verkauf bestimmt.